

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 Mk.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verband- und Bezirks-Vereine vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Hilfs-Zentralrat). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 W., Familienamt, 15 W., Vereinsamt, 10 W., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 86.

Berlin, Mittwoch, 30. Oktober 1907.

Neununddreißigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Die Bewegung der englischen Eisenbahner. — Vom konservativ-ultramontan-antisemitischen Arbeiterkongress. — Allgemeine Nachrichten — Gewerkevereine-Zeit. — Verband-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Bewegung der englischen Eisenbahner.

England steht am Vorabend einer folgenschweren Entscheidung. Die organisierten Eisenbahner wollen in den nächsten Tagen, falls man ihnen seitens der Eisenbahngesellschaften die Anerkennung ihrer Organisation versagt. In allen Kreisen der Bevölkerung herrscht eine gewaltige Aufregung. Nicht nur die Geschäftsleute, sondern die gesamte Bevölkerung sieht mit Spannung der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen, da die Folgen eines solchen Streiks sich jetzt nicht absehen lassen. Ja, man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß die gesamte zivilisierte Welt an dem Ausgang der Bewegung das lebhafteste Interesse zeigt. Unter diesen Umständen dürfte es angebracht sein, einen kurzen Überblick zu geben über die Gründe der Parteien, über den Streitgegenstand, kurz über die Situation, wie sie augenblicklich ist.

In England gibt es keine Staatsbahnen. Die Eisenbahnen sind Privatigentum und unterliegen nur einer gewissen beschränkten Kontrolle. Dieser sind große Gesellschaften, die lediglich möglichst viel Profit herauswirtschaften wollen. Die Folge davon ist, daß rein aus der Konkurrenz heraus vielfach Bahnen gebaut werden, die einem wirklichen Bedürfnis nicht entsprechen. Die Dividenden, die infolgedessen gezahlt werden, sind überaus gering, und die Gesellschaften suchen jede Vohrnehmung der Angestellten, die natürlich daselbst bedeutet wie eine Profitverminderung der Aktionäre, mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Aus demselben Grunde ist das Wagenmaterial aus einer gewissen Sparsamkeit heraus recht dürftig und untauglich, so daß im großen Publikum die Unzufriedenheit über die Eisenbahngesellschaften sich oft bis zur Erbitterung steigert. Die Wagenzahl ist zu gering, worunter auch der Warenverkehr schwer zu leiden hat.

Die Zahl der angestellten Arbeiter und Beamten bei den Bahnen beläuft sich auf etwa 500 000. Die übergroße Mehrzahl dieser Bahngestellten ist unorganisiert. Nur etwa ein Viertel hat den Wert und die Notwendigkeit der Organisation begriffen. Aber auch dieses Viertel ist nicht zusammengefaßt in einem einzigen Verbande, sondern verteilt sich auf sechs verschiedene Trade-Unions. Der stärkste Verband ist der unter der Führung des Abgeordneten Bell stehende allgemeine Verband der Eisenbahnenbediensteten. Er zählt nahezu 100 000 Mitglieder. Die zweitstärkste Organisation ist der Verband der Lokomotivführer und Fejer mit rund 18 000 Mitgliedern. Dann folgt der Gewerkeverein der Bureaubeamten mit 10 000 Mitgliedern und endlich gibt es noch drei kleine Vereine, die die Weichensteller, Signalbeamten usw. in einer Stärke von rund 12 000 Mann umfassen. Diese verschiedenen Organisationen sind bis vor kurzer Zeit keineswegs einig gewesen und geschloffen vorgegangen. Eine gewisse Eifer sucht hat namentlich den Verband der Lokomotivführer und Fejer oft in Gegensatz zum Gesamtverband der Eisenbahnenbediensteten gebracht.

Oben wir dem Ursprung des jetzigen Konflikts nach, so kommen wir auf den Oktober des Vorjahres zurück. Damals wurden den Eisenbahngesellschaften von den Arbeitern Forderungen unterbreitet auf Vohrnehmung und Arbeitsverbesserung. Die Frage des Arbeitsuntertages wurde ebenfalls bereits aufgeworfen. Selbst konservative Blätter erklärten damals einen erheblichen Teil der Forderungen für berechtigt, und es wäre vielleicht auch damals eine Einigung zwischen Direktoren und Angestellten auf einer mittleren Ebene zustande gekommen, wenn die Eisenbahngesellschaften nicht Anstoß genommen hätten daran,

daß nicht die Angestellten der einzelnen Gesellschaften mit den Forderungen hervortraten, sondern der Verband der Eisenbahnenbediensteten selbst. Das gab den Direktoren einen willkommenen Anlaß, die Forderungen zurückzuweisen. Die Organisation, so sagten sie, sei nicht berechtigt, im Namen der Eisenbahner solche Forderungen zu stellen, da sie nur ein Bruchteil aller hinter sich hätte. Mit anderen Worten heißt das: Die Eisenbahngesellschaften erkennen die Organisation nicht an und bestehen darauf, daß über Forderungen nur zwischen jeder einzelnen Gesellschaft und ihren Angestellten unterhandelt wird.

Man darf dabei eines nicht außer acht lassen: Der Grundtatbestand des kollektiven Arbeitsvertrages, daß die Arbeitsbedingungen nicht zwischen den einzelnen Arbeitern und Unternehmern, sondern zwischen Arbeiterorganisation und Unternehmervereinbarung festgesetzt werden, ist in England überaus weit verbreitet. Man denke nur an die Textil- und Eisenindustrie und an den Kohlenbergbau, wo die Anerkennung der Trade-Unions zur vollkommenen Tatsache geworden ist. Selbst in der Postverwaltung sind die Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag geregelt. Man kann es also verstehen, daß Herr Bell, der Generalsekretär der größten Organisation, alle Anstrengungen macht, um auch für die Eisenbahngestellten die Anerkennung zu erringen und daß er in diesem Streben seine Mühen nicht hinter sich hat. So wandte er sich denn in sachlicher und vornehmer Weise an die Vereinigung der Eisenbahngesellschaften mit dem Ersuchen, mit ihm bzw. seiner Organisation, als der Vertretung der Eisenbahngestellten überhaupt, verhandeln zu wollen. Das wurde einfach abgelehnt, und hier liegt die Hauptursache für die jetzige Bewegung. Herr Bell hat dann noch einmal in einem höflichen Schreiben der Unternehmervereinigung vorgeschlagen, eine Konferenz abzuhalten zwischen Vertretern der Eisenbahngesellschaften und Vertretern der Arbeiterorganisation. Auch dieses Verlangen wurde mit einer nichtslagenenden Ausrede rundweg abgelehnt.

Da nach allen diesen Versuchen auf ein Entgegenkommen seitens der Eisenbahngesellschaften nicht mehr zu rechnen ist, wurde beschlossen, die Anerkennung der Organisation, nachdem alle friedlichen Mittel versagt hatten, durch den Kampf, den Streit, durchzusetzen. Man ist sich aber der gewaltigen Folgen sehr wohl bewußt, und geleitet von diesem Verantwortungsbewußtsein, ist zunächst eine Abstimmung über den Zustand unter den beteiligten Organisationen vorgenommen worden. Am heutigen Montag ist dieselbe abgeschlossen worden. Am 1. November findet eine Besprechung des Generalkomitees statt, der durch einen besonders hierzu gewählten Beirat von Mitgliedern aus allen Teilen des Landes verstärkt ist und endgültig über den Zustand entscheiden wird.

An ein Nachgeben der Eisenbahngesellschaften ist, wie gesagt, kaum zu denken. Ebenso aber scheinen die Arbeiter fest entschlossen zu sein, in den Kampf einzutreten. Wie derselbe enden wird, hängt in der Hauptsache ab von der Haltung der großen Menge der Unorganisierten. Es darf kaum bezweifelt werden, daß ein größerer Teil derselben den Organisierten sich anschließen wird. In diesem Falle wären die Aussichten nicht schlecht, da der Streit von auch nur der Hälfte sämtlicher Angestellten den Beirath auf vielen Strecken vollständig ins Stocken bringen würde. Man darf aber nicht vergessen, daß ein Streik auch nur von kurzer Dauer sich in seinen Folgen gar nicht absehen läßt. London wäre trotz seiner offenen Verbindung mit der See schon nach wenigen Tagen von Nahrungsmitteln entblößt, und ein ansehnlicher Teil der ander Peripherie der Eisenbahn aber außerhalb ihres Reiches lebenden, in London selbst aber tagsüber beschäftigten Bevölkerung, würde plötzlich an die Scholle gebunden sein. Daher auch die rege Teilnahme des großen Publikums, das überwiegend mit seinen Sympathien auf Seiten der Angestellten steht. Dagegen gilt auch von der liberalen Partei und der

liberalen Presse, die aus ihrer Gegnerschaft zu den Eisenbahngesellschaften gar kein Hehl machen. Die Regierung selbst ist ebenfalls liberal, und so darf erwartet werden, daß sie alles aufbieten wird, um bei einem etwaigen Kampfe den Eisenbahnenbediensteten mindestens eine wohlwollende Neutralität zu zeigen. Man darf aber in einer solchen Bewegung die öffentliche Meinung und die Faktoren, die wir eben geschildert haben, nicht unterschätzen, und so kann mit einiger Gewißheit erwartet werden, daß, wenn es zum Streit kommt, dieser für die Angestellten einen günstigen Verlauf nimmt. Im Interesse des Landes läge es freilich, wenn die Vereinigung der Eisenbahngesellschaften sich nachgiebig zeigte und entsprechend dem in verschiedenen großen Industrien gegebenen Vorbilde die Organisation der Arbeiter anerkennt.

□ Vom konservativ-ultramontan-antisemitischen Arbeiterkongress.

II.
Der jüngere Verlauf des Kongresses war an sich ein günstiger. Wir sind nicht kleinlich genug veranlagt, das abstreiten zu wollen, und hängen uns deshalb auch nicht an Kleinigkeiten. Ob die Veranstalter selbst mit dem Kongress zufrieden sind, lassen wir trotzdem dahingestellt; hatte man doch im Voraus in Tönen geredet, die hart an sozialdemokratische Raifeierberse erinnern. Der christliche Holzarbeiter brachte vor dem Kongress ein Gedicht, in dem es hieß:

Heut' seid ihr befreit vom haub'gen Gewand,
In dem ihr euch emsig gerührt,
Und täglich mit nerviger, schwieriger Hand
Den Kampf um's Dasein geführt.
Föhler stinkt auch die sozialdemokratische Raifeier-
phrasologie nicht. Auch sonst hat man sich hart mit fremden Federn geschmückt. Franz der Einziger, im bürgerlichen Leben Wieder geheißen, sprach über Hüttenarbeiterschlag. Er sagte, seine andere Gewerkschaftsrichtung als die christlichen klümmere sich um den Hüttenarbeiter, und als neueste Forderung verlangte er und der Kongress von der Regierung begab vom Beirat für Arbeitsstatistik eine Kanute über die Lage der Arbeiter in der schweren Industrie. Herr Wieder ist sehr vergnügt. Er möge das Protokoll der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik 1905 in Mannheim zur Hand nehmen, da findet er auf Seite 192-195, daß ein Gewerkevereinsredner diese und eine ganze Reihe anderer Forderungen für die Hütten- und Walzwerksarbeiter aufstellte und begründete, die Herr Wieder heute als neu bezeichnet.

Wichtig getrennt hat sich der Kongress über das persönliche Erscheinen und die Rede des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg. Und doch war dazu im Grunde wenig Veranlassung. Die ganze Rede war eine einzige Ohrreife für die christlichen Gewerkschaften, und es stellt der Reichstag des Kongresses kein glänzendes Zeugnis politischen Verstandes auf, wenn sie über diese Ohrreife auch noch vor Freunde Red gehalten hat. Von Regierungsseite hat man den christlichen Gewerkschaften stets ihre rabulischen Lüne vorgeworfen. Am 30. Mai 1906 sagte der preussische Handelsminister Delbrück, der auch jetzt auf dem Kongress war:

„Aber ich muß ausdrücklich betonen, daß die Art und Weise, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, sich nicht immer deckt mit dem Staatsgedanken, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem auch auf das Vaterland, mit dem sie zu schließen pflegen.“
Und wenn nun heute ein Minister kommt und sagt, es liegt für die nationalen Arbeiter die Forderung nahe, daß sie dem Kapitalismus verfallen, da quieszieren dieselben so geschwiegenen Zeute vor Weggehen.

„Wir sind neutral“, „Wählender aller Parteien können bei uns mitarbeiten“, so und ähnlich tönten

Strenge auf dem Kongress. Und doch ist der ganze Kongress nur eine glänzende Bestätigung der Charakteristik, die wir ihm vorher schon gaben: Konservativ-ultramontan-antisemitisch war er. Das ist heute nicht mehr nur eine Behauptung der Gegner, nein, der Kongress selbst hat sich als solcher charakterisiert. Kein einziger Referent stand außerhalb dieser Farben. Dabei ist es zweifellos, daß Leute vorhanden waren, mit denen man wenigstens den Schein der Neutralität hätte wahren können. Der Sekretär der württembergischen evangelischen Arbeitervereine, Fischer, ist ein Mann, der geistig die Größten, die als Referenten auftraten, um Haupteslänge überragt. Tut nichts, er kann weder als Referent auftreten, noch wählen man ihn in das Bureau, denn — er ist politisch liberal.

Das wäre an sich unbedeutend, wenn nicht folgendes dazu käme: Die Forderungen des Kongresses richten sich an alle bürgerlichen Parteien. Wir erwarten von den bürgerlichen Parteien . . ., so es ist immer wieder. Dann müßte man aber auch allen bürgerlichen Parteien gleich freundlich gegenüberstehen, und wenn man eine einläßt, müßte man auch die andere heranziehen. Das hat man auch mehrfach behauptet, es sei geschehen. Man hat es aber wider besseres Wissen behauptet, das stellen wir hiermit fest. Weder die Freisinnige Vereinigung, noch die Freisinnige Volkspartei waren zum Kongress geladen. Dafür durfte der konservative Abgeordnete Pauli eine Rede halten, und der Antisemit Herr Viebermann von Sonnenberg tritt mit Mathias Erberger um die Palme, wer am meisten Verdienste um die christliche Arbeiterbewegung habe. Einmal sah dann noch als Vertreter der nationalliberalen Fraktion der Abgeordnete Schwabach dort. Ueberaus bezeichnend ist auch, daß Herr Stegerwald in seiner Rede mehrfach hervorhob, daß die christliche Arbeiterbewegung, weil sie für Schutzkleide eingetreten sei, Anrecht darauf habe, von den politischen Vertretern der Landwirtschaft unterstützt zu werden. Ueberall also der konservative Charakter der ganzen Tagung, und zwar nicht nur zufällig, sondern mit Vorbedacht und Absicht gewahrt! Es muß sich zeigen, ob und inwieweit alle beteiligten Vereinigungen damit einverstanden sind. Spiegel der evangelischen Arbeitervereine, über die man zur Tagesordnung überging, müssen sich darüber klar werden. Was 1903 noch als Unfertigkeit einer Bewegung beurteilt werden konnte, muß heute eine Absicht verurteilt werden.

Daselbe Bild ergab auch die Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage. Herr Stegerwald hatte lange über das preussische Wahlrecht geschimpft. Daraus zog dann der Arbeitersekretär Fischer die Konsequenz, eine Entschädigung mit nachstehendem Wortlaut dem Kongress vorzulegen:

Der II. deutsche Arbeiterkongress bedenkt, daß die Arbeiterinteressen in den meisten deutschen Landtagen noch völlig ungenügend vertreten sind. Diesem Miskande kann nur durch die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Einzelanträge abgeholfen werden. Es werden deshalb Parlamentarier, denen die Arbeiterinteressen am Herzen liegen, aufgefordert, mit aller Energie auf die schnelle Einführung des allgemeinen Wahlrechts in dieser Hinsicht in allen Einzelanträgen, besonders in Preußen zu dringen.

Als diese Entschädigung einging, trat alsbald der konservativ-antisemitische Trotz in Tätigkeit. Eine Kommission wurde bestimmt, angeblich zur Beratung aller Entschädigungen, in Wirklichkeit nur, um die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht zu befeitigen. Die Janna erzählt sich, es habe in dieser Kommission sehr lebhaft Auseinandersetzungen gegeben. Armer Schach!

Wir sagten schon im ersten Aufsatz: Der ganze Kongress sei, soweit er einen gewerkschaftlichen Charakter trägt, nur ein Nahmen um das Bild „christliche Gewerkschaft“, d. h. einschließlich des deutsch-nationalen Fandlungsbeihilfenverbandes. Und so ist es. Er beschäftigte sich nur mit Dingen, die wirtschaftlich aber politisch die Aufgaben einer Gewerkschaft lösen sollen. Er beschäftigte sich mit Verursachungen, sei es Sonntagsruhe, schwere Industrie oder sonstiges. Und wenn auch z. B. die konfessionellen Arbeitervereine teilweise dieselben Forderungen aufstellten, so sind sie doch religiöse Vereine in erster Linie, und ihre wirtschaftlichen Forderungen sind Schattenbilder der Gewerkschaftsbewegung. So bilden auch die katholischen Fachabteilungen nur eine Dekoration auf dem Kongress. Sie, die gegen jeden Streik sind, deren Vernichtung auf dem Bundestagel der christlichen Gewerkschaften steht, wozu hier ebenso wie manche Teile der evangelischen Arbeiterbewegung das „viel Bolk“ im Interesse der christlichen Gewerkschaften. Als einige Landesverbände der evangelischen Arbeitervereine eine Erklärung abgeben wollten, ging man zur Tagesordnung über, und als ein Vertreter der Fachabteilungen eine Stellung zum Streik präparierte, brachte ihn ein animalisches Grinsen bald zum Schweigen.

An all diesen Dingen darf der Kritiker nicht vorbeistehen. Und besonders für uns gilt es, den wahren Charakter des Kongresses in das rechte Licht zu setzen. Die christlichen Gewerkschaften selbst werden über diese Vorgänge hinweggehen und natürlich nur

die guten Seiten der Veranstaltung hervorheben. Das kann ihnen niemand verdenken. Und der äußere Erfolg wird ihnen ein Ansporn sein, in Zukunft noch selbstbewußter zu werden als sie bisher schon waren. Es wird dort gehen wie den roten Genossen nach der Reichstagswahl 1903. Aber auch den Christlichen dürfte eines Tages ein 1907 bescheit werden.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 29. Oktober 1907.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, hielt am Montagabend eine namentlich auch von Gewerkschaften gut besuchte Versammlung ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung waren zwei Vorträge über: „Arbeitsverträge“. Nachdem Dr. Zimmermann von der theoretischen Seite die Frage eingehend erörtert hatte, beleuchtete sie als Sachmann von der praktischen Seite der Buchdruckerbetriebe Kommerzienrat Bärenstein, der als Grundlage zu seinen Ausführungen den Buchdrucker tarif benutzte. Auf die Vorträge der Redner in ihren Einzelheiten soll hier nicht näher eingegangen werden. Nur eine Bemerkung des letztgenannten Herrn möge festgehalten werden. Herr Bärenstein erklärte, daß jede Organisation, die auf dem Boden des Buchdrucker tarifs steht und durch ihr Verhalten Gewähr leistet, daß sie tariftreu ist, auch zur Tarifgemeinschaft zugelassen werden müsse. Wenn sich der Buchdruckerverband dagegen sträubt, so bedeute das den schlimmsten Terrorismus; wenn aber die Prinzipalvereinigung tariftreue Organisationen von der Tarifgemeinschaft ausschliesse, so wäre das das bitterste Unrecht. Diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion sprachen u. a. der Kollege Gustav Hartmann von den Maschinenbauern und Müller von den Deutschen Kaufleuten. Die aller nächste Zukunft wird uns zeigen, ob Herr Bärenstein die Macht hat, die von ihm vertretenen Grundzüge auch im Tarifamt zur Geltung zu bringen.

Unser Antrag auf Einführung der Verhältniswahl am Gewerbegericht zu Berlin und an anderen Orten gibt dem Korrespondenzblatt der General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften — Anlaß zu einigen Betrachtungen, die an Grundlosigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Zunächst wird da behauptet, die Gewerbevereine seien im Kampf um die Verhältniswahl isoliert. Offenbar weiß der Artikelschreiber nicht, daß denselben Antrag auch der Bund der technisch-industriellen Beamten, die Vereinigung der Hausdiener und Päder, die konfessionellen Arbeitervereine und die Gesellschaft für Soziale Reform gestellt haben. Das nennt das Korrespondenzblatt isoliert, wenn Korporationen mit rund 60 000 Mitgliedern allein in Berlin hinter dem Antrage stehen. Es wird uns dann weiter vorgeworfen, wir kämpften nicht um das Prinzip der Verhältniswahl, sondern wollten sie nur dort haben, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch Schaden hätten. Das ist eine Unwahrheit; wir fordern die Verhältniswahl grundsätzlich für alle sozialen Wahlen und warten bisher vergebens darauf, daß uns die „Genossen“ dabei unterstützen, fintelmal doch diese Forderung seit etwa 40 Jahren in ihrem Programm steht. Aber sollten wir, solange die Gesetzgebung so ist wie heute, auf die Verhältniswahl am Gewerbegericht Berlin verzichten, weil die „Genossen“ dadurch eine Reihe Sitze verlieren? Das ist wirklich zu nativ. Was würden die „Genossen“ sagen, wenn ein Unternehmer eine Arbeitszeiterhöhung ablehnt, mit dem Hinweis: „Wenn ihnen der jetzige Zustand nicht gefällt, so mögen sie für die obligatorische Einführung der kürzeren Arbeitszeit eintreten!“ „Ausbeuter“ usw. würden sie rufen. „Vertreter eurer eigenen Parteiprinzipien!“ rufen wir, wenn die Genossen in ihrem Programm das Verhältniswahlsystem fordern, es aber ablehnen, wenn es ihnen schadet, wenn sie den Grundsatz vertreten: „Macht geht vor Recht!“

Der Bericht des vom Ortsverband Jansburg errichteten Arbeitersekretariats für das III. Quartal liegt vor und gibt ein Bild von der reichen Tätigkeit, die daselbst im letzten Jahres Vierteljahr entwickelt worden ist. Im ganzen wurde das Arbeitersekretariat in 509 Fällen in Anspruch genommen. 482 Auskünfte wurden mündlich, 77 schriftlich erteilt. Von den Auskunftsgehenden waren 401 Personen organisiert, 108 unorganisiert. Hiervon waren männlich 445, weiblich 64. Die Organisationszugehörigkeit verteilt sich wie folgt: Gewerbeverein 389, freie Gewerkschaften 12, christliche Gewerkschaften 2. Außerdem gehörten 3 einer anderen Organisation an. Schriftsätze wurden 179 angefertigt. Des ferneren nahm der Sekretär an 68 Versammlungen und Besprechungen teil. An erster Stelle der Auskünfte steht die Arbeiterversicherung mit 290. Hieron entfallen allein auf die Unfallversicherung 177. Auf die Invalidenversicherung entfielen 33 und auf die Krankenversicherung 29 Auskünfte. Dann folgt gewerkschaftliches Arbeits-

verhältnis mit 109, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 60, bürgerliches Recht mit 39, Strafrecht mit 20, Zivilprozessen mit 9, Knappschaftsangelegenheiten mit 6 und sonstige Angelegenheiten mit 26 Auskünften. Die ungewöhnlich hohe Zahl der in Unfallsachen erteilten Auskünfte ist ein Beweis für die schweren Gefahren, die dem Arbeiter hier im Zentrum der Großindustrie drohen, und eine Mahnung, dahin zu wirken, daß die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter notwendigen Einrichtungen noch sehr verbessert und ausgebaut werden müssen.

Gewerbevereine und Dreiklassenwahlrecht. Der sozialdemokratische „Vorwärts“, der sich die Unfähigkeit, richtig urteilen zu können, wiederholt schon aus dem eigenen Lager hat bescheinigen lassen müssen, rempelt wieder einmal die Gewerbevereine an, die seine Fortschritte machten infolge ihrer „schändlichen, unentschiedenen, ja oft an Verrat streifenden Taktik“. Es will uns scheinen, der „Vorwärts“ ist schwach geworden. Früher hatte er doch noch den Mut, unteren Gewerbevereinen nachzusagen, daß sie Verrat stünden, jetzt läßt er ihr Verhalten nur noch „oft an Verrat streifen“. Was müssen wir uns doch unendlich gebessert haben, daß wir nun selbst vom „Vorwärts“, der doch das Verleumdungsgewerbe mäßig betreibt, eine mildere Note erhalten konnten.

Im übrigen schmerzt es den „Vorwärts“, daß die Gewerbevereine noch nicht in eine politische Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht eingetreten sind, was er darauf zurückführt, daß die Politiker der Freisinnigen Volkspartei das nicht duldeten. Unheilbarer Blödsinn! Die Gewerbevereine haben wiederholt um Ausdruck gebracht, daß sie das Dreiklassenwahlrecht mit aller Schärfe verurteilten. Den planmäßigen Kampf gegen das Wahlrecht haben indes die Parteien zu führen und nicht die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Die freisinnigen Volksparteiler aus den Gewerbevereinen haben in ihrer Parteiorganisation und mit dieser es an Deutlichkeit der Stellungnahme nicht fehlen lassen. Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei hat sich mit aller Umsichtedenheit gegen das Dreiklassenwahlrecht und für das Reichstagswahlrecht auch für die Landtagswahlen ausgesprochen. Trotz dieser Tatsache wird die Partei von ihren Gegnern unentwegt weiter verleumdet. Die Gegner der Gewerbevereine, einschließlich des „Vorwärts“, würden daher die Gewerbevereine auch dann ruhig weiter verunglimpfen, wenn sie als wirtschaftliche Organisation den lebhaftesten politischen Kampf führten.

Arbeiterbewegung. Bei der Hamburger Firma Dose & Widdendorf sind Differenzen entstanden, so daß die beschäftigten Rohrlieger und Kupfer-Schmiede die Arbeit niedergelegt haben. — In Jänsburg dauert der Streik der Tischler und Maschinenarbeiter fort. Es sind Einigungsversuche vom Bürgermeister gemacht worden, die aber erfolglos waren, da die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten. — Die Verwaltung der Ransfelder Gewerkschaft beabsichtigt, die Wäse herabzusetzen, weil durch den Rückgang der Kupfer- und Silberpreise, sowie durch Wasserentzüge die Betriebsinnahmen wesentlich sich vermindert haben. — In der Planofabrik von Blüthner in Leipzig haben von 700 Kladierarbeitern und Tischlern etwa 550 die Arbeit niedergelegt. — Die Bewegung der Schuhmacher in Dresden ist durch eine Einigung beendet worden. Den Gestellen wurde die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, die am Sonnabend noch auf 8 Stunden herabgesetzt wird, bewilligt. — In der Fahrradfabrik von Volkening & Birum in Diefeld sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten.

Eine Niederträchtigkeit. Auf den Harzer Bergen zu Rübeland, Sorge und Blantenburg streifen die Forster und Gießerarbeiter wegen Maßregelung zweier Arbeiter. Die Nachricht von diesen Differenzen ging dem Generalrat der Maschinenbauer am 23. Oktober zu, als die Nummer 43 des „Regulator“ fertig gedruckt und zum allergrößten Teil schon expediert war. Es konnte also nicht verhindert werden, daß ein Arbeitergefecht der betroffenen Firma in die Welt hinausging. Das benutzte der „Vorwärts“ zu der himmlischen Bemerkung, daß vom „Regulator“ des Harz-Dunderrischen Gewerbevereins nicht anderes zu erwarten sei, als Anwerbung von Streikbrechern. Aus Obigem geht deutlich hervor, wie jenes Inferat im „Regulator“ erscheinen konnte. Es wäre sicherlich herabzugeben, wenn die Nachricht von dem Streik früher hierher gelangt wäre. Man weiß aber in diesem Falle wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern muß, über die Niederträchtigkeit der Gefinnung oder über die Frechheit der Streikbrecher-Redaktion des „Vorwärts“, der nicht nur einmal nachgehenden werden konnte, daß sie im Inferatenteil Arbeiter suchte für eine Firma, von der unter „Gewerkschaftliches“ ein Streik gemeldet wurde.

legen-
recht
sweisen
n Aus-
Unfall-
für die
entrum
dahin
nd Ge-
n noch

Der
fähig-
n aus-
üssen,
e seine
un-
aktif".
ch ge-
nieren
übten,
Berrat
g ge-
aris",
eine

daß
tliche
ein-
daß die
nicht
erine
e das
ellen.
recht
die die
Die
einern
er es
affen.
sich
nd-
Land-
sche
weiter
ein-
Be-
rten,
leb-

irma
so
fer-
In
und
ngs-
aber
grün-
ab-
nd
Be-
-
aben
550
uh-
digt
Ar-
ber-
bril
liche

zuer
den
gen
Or-
rtig
dort
daß
der
sch-
set,
gen
un-
her
ern
er
des
ten
der
st-

Für die Organisation der Landarbeiter macht bekanntlich der Zentrumsdirektor Dr. Heim Propaganda und hat damit schon manchem Parteigenossen arge Kopfschmerzen verursacht. Die Bauern selbst tragen ihm dagegen das nicht nach, wie der Verlauf der Verammlung des christlichen Bauernvereins in München zeigte, die gleich zu Anfang der Sitzung den „Bauernbote“ zum Ehrenmitglied des oberbayerischen christlichen Bauernvereins ernannte. Interessant sind die Ausführungen, welche Dr. Heim zur Abhilfe der Dienstbotennot machte. Er forderte vor allem Selbständigmachung und Ansiedlung der ländlichen Dienstboten sowie das Recht der Koalition für dieselben. Nur der brutale Herrenmensch, der im Recht nicht den Mitmenschen, nicht auch das Ebenbild Gottes sehe, könne gegen die Organisation des Dienstboten etwas haben. Er fügte noch dem „Freudkur.“ hinzu, er werde noch in diesem Jahre eine Verammlung einberufen, der die Statuten und der Arbeitsplan für die Organisation der Dienstboten fix und fertig vorgelegt werden würde. In der Diskussion behauptete Dr. Heim, nur lauter Großgrundbesitzer seien gegen seine Ideen zu Felde gezogen. Gegen seine Widersacher in der Zentrumspartei betonte er: Wer am Weg bauer, müsse sich von jedem Ochsen meißern lassen. Die Gegnerschaft in den eigenen Reihen sei diejenige, die am meisten in der Arbeit erwidere. Es sei wie aus einer schweren Bergpartie, auf der einem der eigene Bruder Brägel in den Weg werfe. Wenn aber Hoffnungen daran geknüpft wurden, daß deswegen der Dr. Heim ein anderer werde, so sei das ein großer Irrtum. „Vor vier Jahren“, sagte Redner wirklich, habe ich schon einmal gesagt, wenn es mir nicht möglich sein sollte, in der Partei weiterzuarbeiten, dann werde ich ihr den Rücken kehren, aber meinen Grundgedanken nicht! (Stürmischer Beifall). Dann werde ich aber auch dem politischen Leben nicht mehr angehören. Wer so bedächtig denkt von mir, den lasse ich im Januar an der Rette zur Hundsteuer fahren.“

Dr. Heim versteht es gut, den Ton zu treffen, der auf die Bauern Eindruck macht. Stürmischer Beifall und langanhaltende Heiterkeit folgten jedem einzelnen Satze. Mancher Zentrumsmann sieht deshalb mit ernster Sorge auf diese Vorgänge, die da zeigen, wie es bezüglich der Arbeiterfrage um die Gänge tinnerhalb des Zentrums bestellt ist.

Arbeiterkammern oder Arbeitskammern. Das heftige Ministerium des Innern hat die Handelskammer in Mainz um eine gutachtliche Äußerung ersucht, ob die Errichtung von Arbeiterkammern, d. h. Institute, die nur aus Arbeitern bestehen, oder Arbeitskammern, die zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzt sind, für zweckmäßiger sind. Daraufhin hat die Mainzer Handelskammer ihren Standpunkt dahin klargelegt:

- a) daß sie keinen Anlaß hat, den Beziehungen auf Schaffung einer Interessensvertretung für die Arbeiter entgegenzutreten;
 - b) daß, wenn Arbeitskammern geschaffen werden, sie partiellisch zusammenzusetzen sind. Die Errichtung reiner Arbeitskammern würde nach Ansicht der Kammer nur zur Verschärfung der Gegensätze führen, während partiellische Kammern die Möglichkeit gewähren, daß bei entgegenstehenden Ansprüchen ein Ausgleich erzielt würde und die Vertretung einzeliger Klasseninteressen einer verständnisvollen Würdigung der praktischen Verhältnisse Platz macht;
 - c) bezüglich der Frage, ob die Arbeitskammern selbständig oder im Anschluß an bestehende Organisationen zu bilden sind, empfiehlt sie, die Kammern mit den Handelskammern, Handwerks- und Landwirtschaftskammern in Verbindung zu bringen, so daß diese Körperschaften über die sozialen Fragen der Arbeiter mit Vertretern der Arbeiter zusammen beraten. In gleicher Weise würden bei Verhältnissen der Angehörigen die Vertreter dieser Kategorie zu den Beratungen der betreffenden Körperschaften zuzuziehen sein. Bei sozialen Fragen allgemeiner Art würden Prinzipale, Angestellte und Arbeiter zusammenzuwirken haben;
 - d) die Aufgaben der Arbeitskammern sind zu beschränken auf alle mit den Berufsverhältnissen der Angestellten und Arbeiter in Beziehung stehenden Angelegenheiten. Die Schlichtung von Streitigkeiten, die Arbeitsvermittlung und ähnliche Aufgaben den Kammern zu überweisen, wäre nicht zweckmäßig und den Interessen eines solchen Instituts gar nicht entsprechend. Derartige Aufgaben werden besser, wie sonst, an anderen Stellen: den Gewerks- und Kaufmannsgerichten, Arbeitsnachweiskämtern u. s. w. überlassen.
- Inzwischen hat sich auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern zu der Frage geäußert. In einer Unterredung mit den Delegierten des Sozialauschusses der Verbände technischer Angestellten hat er erklärt, daß das Reichamt des Innern die Errichtung partiellischer, nach gewissen Gebieten abgegrenzter und nach den Berufs- und Gewerkschaften getrennter Kammern für Arbeitgeber, sowie für gewerbliche Arbeiter, kaufmännische Gehilfen und technische Beamten im Anschluß an die Berufsvereinigungen und die Handelskammern plane. Ein diesbezüglicher Berichtswort soll noch im Laufe der nächsten Reichstagsession, wenn irgend möglich, fertiggestellt werden.

Ministerreisen. Durch die Presse ging dieser Tage eine Notiz, daß der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, und der preussische Handelsminister, Herr Delbrück, beabsichtigen, sich über die Grundlagen zur Umgestaltung der Arbeiterversicherung und zur Aenderung der Krankenkassen-Gesetzgebung persönlich in den wichtigsten Industriegebieten zu unterrichten und sich zu diesem Zwecke nach Schlesien und dann in die Rheinprovinz begeben werden. Solche Reisen haben natürlich nur dann einen praktischen Wert, wenn die Informationen nicht einseitig eingegeben werden, wenn sich die Herren nicht nur an die Arbeitgeber und Behörden, sondern auch an die Arbeiter, Handwerker, Ärzte und Arbeiter wenden. In anderen Fällen nämlich erhalten sie leicht ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Zuständen, wie folgender dem Kollegen Biegler im „Anzeiger für Rügen“ geschilderte Vorgang zeigt: In Geseheid wurde kürzlich durch Herrn Minister Delbrück eine Bergarbeiter besichtigt. Am Tage vorher wurde noch in größter Eile über den Schmelzkegel ein Durchstich angebracht. Bei der Fertigstellung dieser Arbeit hätte einer der ausführenden Arbeiter mit einem Fuße in den mit flüssigem Blei gefüllten Kessel. Der Mann befindet sich seit dieser Zeit im Krankenhaus. Was aber das wesentlichste ist: Nach der Besichtigung durch den Minister wurde das Abzugrohr wieder entfernt und ist noch nicht wieder angebracht worden. Das heißt doch wirklich dem Minister Sand in die Augen streuen, und es ist durchaus angebracht, hier von botanischen Dörfern zu reden. Hoffentlich also wird Sorge getragen, daß bei der jetzt geplanten Reise der beiden Staatsmänner solche Unfälle nicht vorkommen können. Sonst wäre die ganze Sache für die Rüge!

Eine gelbe Arbeiterpartei soll in Deutschland gegründet werden. Ein Redakteur der Jülicher „Selben Arbeiter-Zeitung“ hat in Stuttgart zunächst eine „Gelbe Arbeiter-Zeitung“ herausgegeben, die selbstverständlich dieselbe Tendenz verfolgt, wie der „Bund“, die „Deutsche Treue“ und wie jene gefährlichen Propagandisten sonst noch heißen. Die erste Nummer ist vor etwa 8 Tagen erschienen und kündigt an, daß die Gründung einer gelben Partei in Aussicht genommen ist, die die Vereinigung bilden soll „aller von echt freihändlerischen Idealen befeuert Arbeiter“. Man hat sich bereits von Stuttgart aus mit den Hauptorten, an denen Gelbe sitzen, in Verbindung gesetzt, um so über ganz Deutschland das Netz zu spannen. Es ist ja weit gekommen, daß ein derartiger Versuch überhaupt übernommen werden kann. Man soll auch bei den Nachmitteln, die den Gelben zur Verfügung stehen, die Sache nicht unterschätzen, sondern unsere Kollegen haben bereits alles aufzubieten, um die Arbeiter über die Gefahr, die ihnen von jener Seite aus droht, aufzuklären. Daß auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die unbedingt als die Urheber jener gemeingefährlichen Geheißes betrachtet werden müssen, diese Vorgänge Eindruck machen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen leider nicht zu erwarten. Vielleicht merkt man dort erst zu spät, wie schwer man sich durch den Terrorismus an der gesamten Arbeiterbewegung vergangen hat.

Ueber den Wert der Tarifverträge hatten die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin vor einiger Zeit eine Umfrage unter den Arbeitgeberverbänden und einzelnen hervorragenden Firmen ihres Bezirks vorgenommen. Das auf diese Umfrage eingelaufene, überaus reichhaltige Material hat nunmehr das Kollegium in seiner letzten Sitzung veranlaßt, sich mit einem Ähnlichen, den abwesenden Verhältnissen entsprechenden Fragebogen auch an die Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Richtung zu wenden. Man hofft, auf diese Weise zu einem abschließenden Urteil über den Wert der kollektiven Arbeitsverträge für Berlin's Handel und Industrie zu gelangen. Uns ist es schon heute ungewiss, ob die Umfrage mit aller Deutlichkeit ergeben wird, daß nicht nur Handel und Industrie an sich, sondern auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer den größten Vorteil von den Tarifverträgen haben.

Eine staatliche Altersversicherung beabsichtigt auch die baltische Regierung einzuführen. Sie hat im Parlament bereits eine diesbezügliche Vorlage eingebracht, die aber nicht dem deutschen Muster angepaßt ist. Vielmehr hat die Regierung davon Abstand genommen, um die in Deutschland ausgetretenen Fehler zu vermeiden. Für heute sei als Kern der Versicherung herausgegriffen, daß nach den Vorschriften der Regierung jeder Arbeiter, dessen jährliches Einkommen 1000 Gulden nicht übersteigt, der Versicherungspflicht unterliegt. Die Beiträge werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam getragen. In den ersten 75 Jahren soll der Staat zu den Kosten der Versicherung alljährlich den Betrag von 10 1/2 Millionen Mark beisteuern. Damit sind wenigstens zum Teil die Befürchtungen der Oppositionsparteien, die Regierung würde ihr Versprechen auf Durchführung sozialer Reformen nicht erfüllen, einzuweisen möglich geworden.

Zu Schüssen und Geschworenen wurden, wie uns kurz vor Schluss der Redaktion noch mitgeteilt wird, in Nürnberg 15 unserer Gewerkschaften beurlauben. Möge das hier gegebene Beispiel an anderen Orten Nachahmung finden!

Die 354. Veranstaltung des **Verins für Volkserhaltung** findet am Sonntag, den 8. November, abends 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums (Dorotheenstr. 13 1/4) statt. Es werden mitwirken: Fräulein Käthe Weder (Gesang), Herr E. Seberin (Solog), Fräulein Elisabeth Holländer (Regitation), Fräulein Helene Groner (Violine).

Gewerkschaften - Teil.

§ Kottbus. Am Montag, den 14. Oktober, fand hier eine vom Ortsverein der Deutschen Kaufleute einberufene große Versammlung statt, um einen Vortrag des Generalsekretärs **Georg Borchart** in Berlin entgegenzunehmen. Das Thema lautete: „Handelsfreiheit und Selbsthilfe“. Zu dieser Versammlung hatten sich auch die Herren vom Deutsch-nationalen Verband zahlreich eingefunden und machten sich schon während des Referats durch Zurufe und Lausen bemerkbar. Jedemfalls wollten sie damit zeigen, wie es bei ihnen um die kaufmännische Bildung bestellt ist. Der Vortragende ließ sich jedoch nicht füren, sondern verstand es vortrefflich, die Herren mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. In der Diskussion nahm der Vorsitzende der Deutsch-Nationalen, ein Herr Artfisch, das Wort, um die Herrlichkeit seines Verbandes ins rechte Licht zu stellen. Dabei entschlüpfte ihm die folgende Rede: „Auf die Stufe der Industriearbeiter stellen wir uns noch nicht“. Nach diesen Worten muß man annehmen, daß für die Deutsch-Nationalen die Arbeiter nur Bedeutung haben, wenn sie Sonnabends ihren halben Wochensohn in die Geschäfte tragen oder für die Herren die Raststätten aus dem Feuer holen dürfen. Der zweite deutsch-nationale Diskussionsredner brachte gut auswendig gelernte Sprüche vor, auf die zu erwidern sich wirklich nicht lohnte. Als nun der Unterrednete das Wort nahm und erklärte, daß das heutige Betragen der Deutsch-Nationalen auch nicht besser sei als das der Sozialdemokraten, erob sich ein derartiger Kadaver, daß die anwesenden Gewerkschafter sich bemerkten, ob sie sich denn wirklich in einer Versammlung von Kaufleuten befanden. Im Schlußwort ging Redner Vordardt auf die vielen Angriffe ein und widerlegte sie gründlich. Dabei wurden die Herren so unruhig, daß sie schließlich unter Schanz den Saal verließen. Der Verein der Deutschen Kaufleute kann mit der Versammlung zufrieden sein; der moralische Erfolg ist auf seiner Seite.

§ Duisburg. Der Ortsverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter beschloß heute am Sonntagmorgen in einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung mit dem Vorschlag der Firma Scheidhauer u. Wiegling gegen organisierte Arbeiter und dem Erhalten der Firma Buller hierzu. Der Referent, Redner A. Gieseler-Duisburg, wies einwiegend seine Ausführungen darauf hin, daß das Recht zur Koalition es jedem Einzelnen gestattet sei, sich zur besseren Vertretung seiner Interessen mit seinen Berufskollegen zusammenzuschließen. Von dieser Erwägung ausgehend, haben sich auch starke Arbeiterorganisationen gebildet, deren Mitglieder Versprechungen und Konferenzen abhalten und besuchen. Dasselbe Recht steht mithin auch den Arbeitern zu. Die Firma Scheidhauer u. Wiegling denkt hierbei andere, indem sie davon überzeugung sei, organisierte Arbeiter nach dem Versuch von Bestattungsverfammlungen zu entlassen. Es bedeutet dies einen unbescholtenen Eingriff in die Rechte der Arbeiter. Der Rauer W., Mitglied der Deutschen Gewerkschaften, hatte auch an einer solchen Bestattungsverammlung teilgenommen und mit wenigen Worten darauf verwiesen, daß die Abortanlagen bei der genannten Firma in schlechter Beschaffenheit seien. Die Folge davon war, daß die Firma Scheidhauer u. Wiegling, einen Brief an die Firma Buller sandte, in welchem W. als Berichterstatter und Herr Vordardt als Teilnehmer, gleichzeitlich mit dem Vermerk verzeichnet, daß Aufträge von deutschen Steinern von W. nicht mehr angenommen würden. Eine weitere Bestattungsverammlung beschloß sich mit dieser Maßnahme und wurden als Folge derselben zunächst 3 organisierte Arbeiter aus der Firma Scheidhauer u. Wiegling sofort entlassen und gleichzeitig der Firma Buller die deutschen Steine überwiesen. Letztere ging nun dazu über, dem Rauer W., der 15 Jahre zur Zuchthausstrafe gearbeitet hatte, zu kündigen und zu entlassen. Nach der erfolgten Kündigung ließen die Scheidhauer u. Wiegling auch wieder Steine an die Firma Buller. Wie notwendig die Bestattungsverfammlungen gewesen sind, wies der Referent an der Hand von Richtigkeiten in puncto Bezahlung und sanitärer Einrichtung nach. Bezeichnend sei es, daß die Firma Buller einen solch langjährigen Arbeiter auf diese Weise entlassen habe. Die Firma habe notwendig, sich mit den Richtigkeiten im eigenen Betriebe zu befassen. Nach einer eingehenden und sachlichen Kritik an dem Verhalten der beiden Firmen, forderte der Referent zum Beitritt in die Organisation auf, um solche Eingriffe in die Rechte der Arbeiter erfolgreich abwehren zu können. Reicher Beifall wurde den Ausführungen gesollt. In der Diskussion versuchte ein Vertreter der Firma Buller einen anderen Beweggrund als die Verweigerung der Steine als Grund der Entlassung des Rauer W. anzugeben. Die Beweisführung hierfür wieslang aber vollständig. Die übrigen Diskussionsredner erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Es gelangte nachfolgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heutige zahlreich besuchte öffentliche Versammlung, einberufen vom Gewerkschaften der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Maßnahme der Scheidhauer u. Wiegling und sie bezieht sich das Verhalten der Firma Buller als eine Rücksichtslosigkeit und Härte. Die Versammelten erkennen an, daß derartige Maßnahmen und Bestattungsverfammlungen nur durch die Organisation

mit Nachdruck abgewehrt werden können und verpflichtet sich deshalb, trotz aller Gefahren und Maximaltionen...

§ Härtenwalde. Vor nicht allzulanger Zeit wurde hier durch Flugblätter und Anschlagplakate verkündet, daß die Sozialpartei über die hiesigen Fälle verhängt sei...

§ Wahlkreis (Ruhb). Bei der in voriger Woche vorgenommenen Wahl von 6 Beisitzern zum Gewerbegericht...

Kandidaten der konfessionellen Vereine durchgefallen sind, obwohl sie mit an erster Stelle auf der Vorkandidatenliste standen...

Verbands-Zeit.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (G.-V.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Sitzung jeden Mittwoch...

und an den Kommunalwahlen beteiligen? 2. Diskuffion. - Oberbürgermeister (Distriktsklub). Mittwoch, 30. Oktober...

Orts- und Mitgliedsverbände.

Perne (Ortsverband). Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Will...

Neuerungen bezug. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Bochum (Ortsverband). Wilhelm Götjen, Raffner, Bochum IV, Radolfstr. 2.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Neuere Begründung einzelner Werte bleibt vorbehalten...

Anzeigen-Zeit.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsmitgliedern lauft niemals nach 8 Uhr abends und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen.

Die Verhandlungen des XVI. ordentl. Verbandstages der Deutschen Gewerbevereine. Gegen vorherige Einzahlung des Betrages von 1,00 Mk.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder! Frauen-Begräbnisstätte des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.

Wesen (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erh. 75 Pfg. Ortsverbandunterstützung 1. Herrn Ortsvereinslokalitäten.

Berth (Ortsverband). Durchreis. Gewerbevereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei W. Frahm...

Fachwissen. Um Gewerbe-Fachwissen zu beschaffen, ist es notwendig, sich zu beschäftigen mit den verschiedenen Zweigen...